Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannesgasse 8.

Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 5—6 Uhr.

Für die Redaction eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstraße 1. Louis Lösche, Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.

Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unsr. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf. Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 192. Montag den 11. Juli 1887. 81. Jahrgang

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die Maler- und Anstreicher-Arbeiten für die Schlachthallen, Markthallen, Ställe, Börse mit Nebengebäuden, das Kühlhaus und sonstigen Betriebsgebäude des neuen Schlacht- und Viehhofes sollen an einen Unternehmer verdungen werden.

Die Bedingungen und Blanquets für diese Arbeiten liegen im Baubureau des Schlacht- und Viehhofes aus und können daselbst eingesehen, resp. gegen Entrichtung der Schreibgebühr entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift **Maler- und Anstreicher-Arbeiten** für den **Schlachthofbau** versehen bis zum **22. Juli laufenden Jahres, Vormittags 11 Uhr** bei der Kanzlei auf hiesigem Rathhause einzureichen.

Leipzig, am 9. Juli 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Ia 3747. Dr. Georgi. Eichenius

Vermiethung.

Ein in der Hauptflur des der Stadtgemeinde gehörigen Hausgrundstücks **Reichsstraße Nr. 7** befindlicher **Verkaufsstand** soll **vom 1. October d. Js.** an gegen **vierteljährliche Kündigung** anderweit **vermiethet** werden. Miethgesuche sind auf dem Rathhause, I. Etage, Zimmer Nr. 17, anzubringen, woselbst auch die Vermiethungsbedingungen eingesehen werden können.

Leipzig, den 6. Juli 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Ia. 3792. Dr. Georgi. Krambiegel.

Holz-Versteigerung.

Bei dem unterzeichneten Kaiserlichen Postamte soll

Dienstag, den 12. Juli 1887,

Vormittag 11 Uhr eine Partie **alter Fußbodenbretter und Lagerhölzer** öffentlich gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden. Kaufslustige werden geladen, sich zur festgesetzten Zeit auf dem Postbofe, Hospitalstraße Nr. 4—8, pünktlich einzufinden.

Leipzig, den 9. Juli 1887.

Kaiserliches Postamt Nr. 10.

Oehme.

Bibliothek der Handelskammer.

Wegen vorzunehmender Musterung und Reinigung der Bibliothek sind alle ausgeliehenen Bücher bis spätestens

Sonnabend, den 23. Juli

an die Bibliothek zurückzugeben oder bezüglich Erneuerung des Entleihscheines vorzuzeigen. Vom 24. Juli bis 7. August werden keine Bücher ausgeliehen.

Leipzig, den 9. Juli 1887.

Kanzlei der Handelskammer.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 11. Juli 1887.

* Die „Berliner Klinische Wochenschrift" veröffentlicht das Gutachten des Professors Dr. Virchow über die Neubildung, welche Dr. Mackenzie am 29. Juni d. J. aus dem Nehlkopfe Sr. kaiserlichen und königlichen Hoheit des Kronprinzen entfernt hat. Dasselbe lautet:

Heute Mittag empfing ich im Auftrage des Herrn General-Arzt Dr. Wegner durch einen besonderen Boten ein versiegeltes Fläschchen, welches das kleine, jüngst aus dem Nehlkopfe Sr. kaiserlichen und königlichen Hoheit des Kronprinzen entfernte krankhafte Gewächs enthielt. Das Object war in absolutem Alkohol aufbewahrt, in vollem Zusammenhange, und, obwohl sichtlich etwas geschrumpft, gut erhalten. Es hatte eine platte Basis von länglich ovaler Form, 5 mm lang und 3 mm breit; darüber wölbte sich eine halbkugelige, stark höckrige Fläche von wenig über 2 mm Höhe. Letztere Fläche hatte ein schwarzbräunlich graues, die Basis dagegen ein dunkelblauschwarzes Aussehen, offenbar von der Einwirkung eines Eisenpräparates herrührend. Denn mit Salzsäure befeuchtet, hellte sich die Farbe sehr schnell auf und verschwand unter Hinterlassung einer schmutzigbräunlichen Fläche, welche nach Zusatz eines Tropfens von Cyanmeisenkaliumlösung wieder blau wurde. Aber auch die Massen, nicht gefärbten Theile der convexen Oberfläche haben in schwächerem Grade dieselbe Reaction. Es muß also angenommen werden, daß die Einwirkung des Eisenpräparates die ganze Oberfläche getroffen hat, daß aber nur die gedeckt liegenden Theile derselben die blauschwarze Farbe bewahrt haben, während die zu Tage liegenden Theile sich wieder entfärbten, ferner, daß die etwas abgeplattete Basis der Wand aufgelegen hat, obwohl ihre schwarze Färbung die Vermuthung nahe legte, daß dieselbe die frei vorstehenden und deshalb der Einwirkung äußerer Agentien zunächst ausgesetzten Theile charakterisire.

Die weitere Untersuchung ergab dann auch, daß die abgeplattete Basis größtentheils aus kaltig gerundeten papillairen Auswüchsen bestand, die lose nebeneinander lagen, daß aber über die Mitte der ganzen Basis, ziemlich genau der Längsaxe folgend, eine schmale, kaum 1 mm breite, weißliche Schnittwunde verlief, welche durch die herumliegenden papillairen Wucherungen fast ganz verdeckt wurde.

Die mikroskopische Untersuchung zeigte in noch viel mehr ausgesprochener Weise, als das vorige Mal, daß die Oberfläche des exstirpirten Stückes fast ganz mit papillairen Excrescenzen von sehr verschiedener Größe besetzt war. Nur in der nächsten Umgebung der Schnittfläche fand sich eine kleine Zone unversehrten, ganz glatt fortlaufenden Oberflächenepithels. In den Papillen stellten die geschichteten und nach außen plattenartigen, großen und harten Epithelien den bei weitem größten Antheil an dem Aufbau der Neubildung dar; die bindegewebigen Grundstöcke waren dünn, zart und gefäßhaltig. Besonderheiten der Zellenbildung wurden nicht bemerkt.

Die Schnittfläche bot ein unregelmäßiges, weiches und wenig vascularisirtes Gewebe dar. Diese Gewebslagen, wie bei der ersten und noch mehr bei der zweiten Operation, sind dieses Mal nicht mit fortgenommen worden. Nirgends waren Drüsen oder Nervenstämmchen sichtbar. Der Schnitt scheint ganz nahe der Oberfläche geführt zu sein, so daß nur Schleimhautpartie gefaßt wurden.

Somit war dieses Mal nur wenig und noch dazu schwierig zu behandelndes Gewebe vorhanden, an welchem ein Urtheil über die Beschaffenheit der unterlagernden Theile zu gewinnen war.

Dieses Gewebeließ nirgends alveoläre Struktur, Einlagerung oder Einbettungen epithelialer Massen wahrnehmen. Es bestand aus zartem Bindegewebe, welches nicht in der Tiefe, sondern nur in der Oberfläche vergrößerte und zum Theil in Proliferation begriffene Elemente enthielt. Nirgends erreichte diese Proliferation den Charakter selbstständiger Herdbildung.

Das exstirpirte Stück hat sich daher in noch höherem Grade, als die bei der vorletzten Operation gewonnenen, als eine, von einer mäßig gereizten und verdickten Oberfläche ausgegangene, harte zusammengesetzte Warze ergeben, und die Basis derselben hat auch nicht den entferntesten Anhalt für die Annahme einer in das Gewebe eindringenden Neubildung geliefert.

Pathologisches Institut, Berlin, den 1. Juli 1887.

Professor Dr. Rudolf Virchow.

* **Aus Berlin** wird gemeldet: Ueber die Abreise des Reichskanzlers nach Bad Kissingen werden in der Tagespresse die verschiedensten Nachrichten gebracht. Dem gegenüber verlautet aus sicherer Quelle, daß der Reichskanzler in der zweiten Hälfte dieses Monats nach Kissingen abreisen und etwa vier Wochen zum Gebrauche der Soolbäder dort bleiben wird. Nacozi trinkt Fürst Bismarck bekanntlich nicht. Seine Wohnung wird er, wie gewöhnlich, in dem Schloß an der oberen Saline nehmen. Der Aufenthalt in Varzin wird nur von kurzer Dauer sein und dürfte hauptsächlich den Zweck haben, den gegenwärtigen Stand des Gutes in Augenschein zu nehmen und Geschäfte privater Natur zu erledigen.

* **Von dem preußischen Staate** sind durch Tausch die Häuser Leipziger Straße 1 und 2 in Berlin erworben worden, so daß gegenwärtig von dem Kriegsministerium bis zu dem landwirthschaftlichen Ministerium auf dem Leipziger Platz sich der gesammte Grundstückscomplex unmittelbarchen im Besitze des Reiches und Staates befindet. Der neuerworbene Staatsbesitz soll zur Unterbringung des Staats- und des Handelsministeriums dienen. Das gegenwärtige Dienstgebäude des Staatsministeriums ist an sich für die Zweckbestimmung desselben nicht ausreichend und wird überdies zu einem großen Theile für die Geschäftsbedürfnisse eines angrenzenden Ressortministeriums beanspruccht. Das Handelsministerium besitzt ein eigenes Dienstgebäude überhaupt nicht. Es ist in dem Erdgeschoß des Reichsjustizamts provisorisch untergebracht. Doch reichen die dort verfügbaren Räume nicht aus, so daß ein Theil des Bureaus miethweise untergebracht werden muß. Es wird daher die Beschaffung eines ausreichenden Geschäftsgebäudes nothwendig; dafür ist das Haus Leipzigerstraße 2 in Aussicht genommen. Das anstoßende Haus Leipzigerstraße 1, welches zunächst für das Staatsministerium nutzbar gemacht werden soll, eignet sich nach seiner innern Einrichtung und Ausstattung für diese Zweckbestimmung in so hohem Grade, daß erhebliche Umbauten vermieden werden können. Da, wie bereits erwähnt, auf die Erwerbung Gebäudes nicht beansprucht werden, wird die Beschaffung eines neuen ausreichenden Geschäftsgebäudes für das Staatsministerium ohne Inanspruchnahme außerordentlicher Fonds herbeigeführt.

* Der letzte Börsen-Wochenbericht der „National-Ztg." beschäftigt sich eingehend mit der Warnung vor den russischen Werthen. Der Verfasser des Berichts — einer der besten Kenner der hiesigen Finanze und Börsenverhältnisse — erklärt, die „Vertrauenswürdigkeit Rußlands hat aber allerdings einen sehr empfindlichen Stoß erlitten." Die Lächerlichkeit der Unterstellung, als habe es sich bei den Warnungen um Stimmungsmacherei für die 3½proz. Reichsanleihe gehandelt, weist der Verfasser kurz und schlagend zurück.

* Die Schulreformbewegung greift auch in weiteren Schichten der Bevölkerung mehr und mehr an Boden. Wenn wir von den Verhandlungen der Lehrerkreise und der sehr zahlreichen Fachliteratur absehen, und nur die Kreise in Betracht ziehen, welche in weitere Volksschichten eingreifen, so sind im vorigen Jahre der sehr ausgebreitete Verein der deutschen Ingenieure, und in den letzten Tagen die unter dem Ehrenpräsidium Esmarch's stehende deutsch-akademische Vereinigung mit Verhandlungen und Vorschlägen über die Schulreform hervorgetreten. Die Beschlüsse beider Vereine haben ein hervorragendes Interesse sowohl an sich, als auch um deswillen, weil sie bestimmte Einigungspuncte und nicht minder erhebliche Differenzpuncte erkennen lassen. Am 4. Juli cr., dem zweiten Verhandlungstage der deutsch-akademischen Vereinigung, kamen diese Puncte für jeden in der Sache näher Eingeweihten dadurch zum vollen Ausdruck, daß der Generalsecretair der deutschen Ingenieure, Dr. Peters, den Standpunct der letzteren in der Schulfrage vertheidigte. Derselbe war mit dem Referenten der Versammlung, Abg. von Schenckendorff, zunächst in den Fragen der inneren Schulreform durchaus einig. Es betraf dies die ungenügenden Ergebnisse der Schule gegenüber den heutigen Zeitforderungen; die Ueberlastung der Schüler höherer Lehranstalten; die innere Hebung des Mittelstandes durch eine entschiedenere Förderung der höheren Bürgerschulen auf dem Wege der Abänderung der Bestimmungen über den einjährigfreiwilligen Dienst, und die dringende Forderung nach einer kräftigeren körperlichen Entwickelung der heranwachsenden Jugend. Indessen trat der Unterschied zwar in formell höflichster, aber doch sachlich schärfster Form bei den Fragen der äußeren Schulreform hervor. Der deutsche Verein der Ingenieure hatte in seinen im vorigen Jahre aufgestellten Thesen eine einheitlichere Organisation des Schulwesens dahingehend vorgeschlagen, daß sich die mittlere Bildung organisch an die Volksschulbildung und die höhere ebenso wieder organisch an die mittlere anschließen sollte. Es würde sich also, was hier insbesondere in Betracht kommt, die höhere Bildung mit den alten Sprachen erst auf der vollständig abgeschlossenen Bildung der höheren Bürgerschule aufbauen. Hiernach müßten die höheren Lehranstalten ihr Gesammtpensum schon in drei Schuljahren bewältigen. Abgeordneter von Schenckendorff wies darauf hin, daß eine solche Organisation wohl für die Oberrealschulen durchführbar sei, die Latein und Griechisch nicht lehrten, aber durchaus undurchführbar für die Gymnasien und Realgymnasien. Es bilde dies zweifellos auch schon den schwachen Punct des Vorschlags. Aber derselbe berge doch auch eine tiefe sociale Gefahr in sich. Schon heute liege in der Ueberfüllung der Universitäten, wie Professor Conrad überzeugend nachgewiesen habe, die Gefahr des Heranwachsens eines gebildeten Proletariats. Wenn nun künftig nach dem Vorschlage der deutschen Ingenieure der mittleren Bildung durch eine organische Anreihung an die höheren Lehranstalten die Bahn zur Universität geöffnet werde, so würde die heutige Ueberfüllung der Universitäten geradezu in eine Ueberfluthung derselben übergehen. So sympathisch dieser Vorschlag daher auch auf den ersten Anblick erscheine, eine so tiefe sociale Gefahr läge doch in seiner Durchführung. Im Uebrigen gebe es heute bei der Schulreform noch wesentlich wichtigere Fragen als die äußere Gestaltung derselben. Sie würde erst das Ergebniß derjenigen Reform sein, über welche beide Vereine einig wären. Der zweite Differenzpunct lag in der Berechtigungsfrage, daß die Berechtigung zum Einjährigen-Dienst nur durch eine abgeschlossene Bildung einer höheren Lehranstalt oder durch eine besondere Prüfung, bei welcher das Lehrziel der höheren Bürgerschule zu Grunde zu legen ist, künftig erlangt werden dürfte — darüber trat ein Unterschied in den Ansichten nicht hervor. Indeß wünschte Dr. Peters doch völlig gleiche Berechtigungen für Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen hinsichtlich des Besuchs der Universitäten und Hochschulen. Abg. von Schenckendorff bekämpfte diese Maßregel, weil diese Anstalten eine verschiedenartige Vorbildung gäben; so könnte unmöglich die Oberrealschule die geeignetste Vorbildung für das Studium der alt-classischen Philologie und der Theologie bilden. Sie wäre überdies ein Schlag ins Wasser. Maßgebend müsse bei einer künftigen Regelung dieser Berechtigungen allein das Ziel sein, jedem Stande die beste für ihn passende Vorbildung zu geben. Die in längerer Debatte stattgefundenen Auseinandersetzungen dürften in mehrfacher Hinsicht die Frage der Schulreform gefördert haben. Aus der Verhandlung des 4. Juli heben wir noch die sehr beachtenswerthe und von der Versammlung einstimmig angenommene von Schenckendorff'sche These hervor, daß es nicht genüge, tüchtige Menschen, wie sie unsere Zeit erfordere, zum Heile des Vaterlandes heranzubilden, sondern daß diese Bildung sich auch stützen müsse auf religiöser und idealer Grundlage. Mit dieser These, welche die gesammten höheren Ziele der Erziehung zum Ausdruck bringt, dürften die Schulreformbestrebungen der deutsch-akademischen Vereinigung die Sympathie weiter Kreise gewonnen haben.

* Die Nachricht der „Frankfurter Zeitung" über eine angeblich in Kassel abgehaltene socialdemokratische Vertrauensmänner-Zusammenkunft ist, wie bereits erwähnt wurde, von der „Elberfelder Zeitung" als unbegründet erklärt worden. Das socialdemokratische „Berliner Volksblatt" bemerkte, der Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung" sei durch eine Verwechselung zu seiner Meldung gekommen, es sei nämlich in der von ihm angegebenen Zeit in Kassel die Generalversammlung des Schneider-Unterstützungsbundes abgehalten worden. Mit Bezug hierauf wird der „Post" geschrieben: „Es mag wohl der Correspondent der „Frankfurter Zeitung" trotzdem und alledem etwas Richtiges gemeldet haben, da es bekannt ist, daß derartige allgemeine General-Versammlungen von Arbeiter-Organisationen den socialdemokratischen Vertrauensmänner-Versammlungen nicht sehr unähnlich sind. Diese Delegirten der „Fachvereine" sind durchgängig auch Vertrauensmänner der Socialdemokratie, die aus „tactischen Gründen" sich bisweilen von der öffentlichen Agitation zwar fern halten, dafür aber in der „inneren Bewegung" um so größeren Einfluß haben. Insofern dürften wohl auch bei der Kasseler Generalversammlung nach Erledigung der öffentlichen Tagesordnung in „nicht öffentlicher Sitzung" die Parteiangelegenheiten zur Verhandlung gekommen sein. Wir sind zu dieser Annahme um so mehr berechtigt, als wir aus sicherer Quelle wissen, daß gegenwärtig im Schooße der socialdemokratischen Partei sehr ernste und bedeutungsvolle Berathungen stattfinden. Angesichts der zahlreichen und folgenschweren Geheimbundsprocesse scheint man nämlich endlich zur Einsicht zu gelangen, daß an Stelle der ungesetzlichen geheimen Organisation eine andere zu schaffen sei, welche die Wiederholung dieser Processe unmöglich mache. So ist schon vor einigen Wochen ein darauf bezüglicher Vorschlag seitens der Parteileitung den Socialdemokraten der einzelnen Städte unterbreitet worden, als dessen Kernpunct jedoch sonderbarer Weise die Gründung eines neuen großen Parteifonds in Zürich gefordert wird. Als Grundstock zu demselben solle sämmtlichen Wahlkreisen eine Steuer auferlegt werden, die nach der Zahl der bei der letzten Wahl abgegebenen Stimmen festzusetzen sei. Für Berlin hatte man z. B. die Summe von 3000 ℳ in Aussicht genommen, worauf die „Berliner Genossen" jedoch antworteten, daß sie bei der Neuheit des Unternehmens vorläufig nur 500 ℳ zu bewilligen geneigt seien. Hierauf bezügliche Vorbesprechungen werden daher auch in Kassel stattgefunden haben; eine endgiltige Entscheidung in dieser Frage über die Umbildung der Parteiorganisation dürfte freilich erst auf dem schon so lange in Aussicht genommenen Parteicongreß getroffen werden. Augenblicklich bieten allerdings die Zustände im Innern der Partei ein Bild derartiger Zerfahrenheit, daß an die baldige Abhaltung dieses Congresses wohl schwerlich gedacht werden kann."

* Die „Magdeb. Zeit." bemerkt zu dem Resultat des Landesverrathsprocesses gegen Klein und Genossen Folgendes: Die Verführten sind bestraft worden, die Verführer lachen jenseits der deutschen Grenzen der deutschen Richter. Die Frage ist, soll dieser Zustand aufrecht erhalten bleiben und glaubt die französische Regierung unter solchen Umständen gute Beziehungen zu Deutschland weiter unterhalten zu können? Mit welchen Gefühlen sollen hier alle noch so friedfertigen Erklärungen des französischen Botschafters aufgenommen werden, so lange die französische Regierung nicht offen erklärt und durch die That bekundet, daß sie mit einem System brechen wolle, welches wahrhaft schmählich für die Regierung, die es duldet, ist und für die Pflege an sich schon mißlichen Beziehungen, wie sie nach den Ereignissen von 1870—71 sich herausgebildet, geradezu verhängnißvoll zu werden droht. Die Beantwortung der Frage muß rasch erfolgen und befriedigend ausfallen. Der officiöse Artikel, in welchem angekündigt wurde, daß eine Fortsetzung der deutschfeindlichen Maßregeln in Frankreich Gegenmaßregeln ähnlicher Art in Deutschland nach sich ziehen werde, ist wohl mehr als ein bloßer Hieb in die Luft gewesen und Frankreich würde es am meisten zu beklagen haben, wenn deutscherseits alle Consequenzen aus den von Frankreich getroffenen Maßregeln gezogen würden.

* * *

* Die französischen Blätter beobachten im Allgemeinen bis auf die in der letzten Nummer gemeldeten Ausnahmen auch jetzt, nachdem das Urtheil wider die von der französischen Regierung verführten und bezahlten Landesverräther gefällt ist, Stillschweigen über den neuesten Leipziger Proceß. Soweit sie ihre Leser davon unterhalten, verschweigen sie den wichtigen Umstand, daß die französischen Beamtenkreise bis in die obersten Schichten hinein die Anstifter der Verbrechen waren, die jetzt vor dem obersten Gerichtshof ihre Sühne gefunden haben; dagegen wird, um die Aufmerksamkeit von diesem wundesten Puncte abzuhalten, mit großer Entrüstung behauptet, Deutschland dürfe sich nicht beklagen, da gerade es allenthalben Spione unterhalte. Das wird behauptet, aber nicht bewiesen, und es ist den Franzosen noch nicht geglückt, auch nur einen einzigen deutschen Spion zu überführen. Im Uebrigen fühlt man aus den französischen Zeitungen ordentlich die Unbehaglichkeit heraus, in der sie sich gegenüber dem Leipziger Gerichtsverhandlungen befinden. Und wahrlich, der Hauptschuldige, der in Leipzig in Abwesenheit verurtheilt werden mußte, das war die französische Regierung. Ein so franzosenfreundliches Blatt wie die Wiener „Neue Freie Presse" kann doch nicht umhin, das anzuerkennen und den Franzosen vorzuwerfen. Das Blatt ist zurückhaltend, aber doch unzweideutig in seiner Beurtheilung der Franzosen, wenn es schreibt: „Es ist nicht überraschend, daß die Verstimmung der deutschen Regierungskreise gegen Frankreich von Zeit zu Zeit scharfe Accente findet. Die Hoffnungen, welche sich an den Ausgang der Affaire Schnäbele knüpften, sind unerfüllt geblieben; die Franzosen haben aus demselben leider nicht die Lehre gezogen, daß sie sich nothwendig ins Unrecht setzen, wenn sie meinen, ihrem Hasse gegen Deutschland ohne Zaum und Zügel Ausdruck geben zu dürfen. Die Franzosen! Es ist vielleicht unrecht, die gesammte Nation für die lärmenden Demonstrationen verantwortlich zu machen, welche die Patriotenliga nach dem ersten Leipziger Landesverrathsproceß veranstaltete und voraussichtlich auch nach dem zweiten, in welchem morgen das Urtheil gesprochen werden soll, arrangiren wird. Diese Schreier nebst ihrem Anhange von faulenzenden Boulevardiers und nichtsnutzigen Gassenbuben sind nicht die französische Nation. Aber dem Drucke, der von diesem thörichten Revanche-Mob ausgeht, scheint auf die Dauer auch ein Theil der Deputirten sich nicht entziehen zu können; er wirkt bis an die Schwelle der Ministerien hinauf; er beginnt, die Gesetzgebung zu beeinflussen. Und dies ist das Betrübende und Gefährliche an den Wahrnehmungen, vor welchen Niemand die Augen verschließen kann. Was nützt es, sich an die Unterscheidung zwischen der friedlich gesinnten Mehrheit und der verschwindenden chauvinistischen Minderheit des französischen Volkes zu klammern, wenn die letztere das große Wort führt und Concessionen von der Legislative erzwingt, wenn, wie es mittels des schwebenden Leipziger Processes geschah, unwiderleglich dargethan wird, daß von dem französischen Kriegsministerium nicht blos in dem Reichslande, sondern auch in Mainz Spione besoldet werden, um deutsche Heeres- und Festungsbau-Geheimnisse auszuspähen? Man braucht den Artikel der „Nordwestlichen Allgemeinen Zeitung", in welchem auseinandergesetzt wird, der in Paris geplanten Fremdentaxe den Franzosen mit Repressionen gedroht wird, nicht als eine unmittelbare Gefährdung des Friedens anzusehen. Das ist er nicht und soll er nicht sein. Aber auch als Symptom der Stimmung, welche in Berlin herrscht, wirkt er schon deprimirend genug, und man kann den Franzosen von der Regierung bis zu der Boulevard-Garde Paul Deroulede's hinab den Vorwurf nicht ersparen, daß sie allesammt an dieser Stimmung nicht unschuldig sind."

* Das Schauspiel einer Musterung des revolutionären Heerbannes, die keines weiteren Comentars bedarf, führen die Pariser Umsturzblätter dem Auge des Lesers mit großer Regelmäßigkeit in demjenigen Theile ihrer Ausgaben vor, welcher den Vereins- und Versammlungsanzeigen gewidmet ist. Wir haben eine Sonntagsnummer des berüchtigten „Cri du Peuple" vor uns und finden unter den für den betreffenden Sonntag anberaumten Versammlungen folgende höchst charakteristische Blumenlese zusammengestellt: Socialistischer Arbeiterbund (Arbeiterpartei), mit sieben Gruppen; Anarchisten, mit drei Gruppen; Kosmopolitische Liga, drei Gruppen; Socialistenverein für die revolutionaire Action; Revolutionaires Centralcomité; Revolutionairer Socialistenverein, zwei Gruppen; endlich noch zahlreiche Conventikel, die ebenfalls am Umsturz alles Bestehenden arbeiten. Derartige Blicke hinter die Coulissen der französischen Gesellschaftsordnung verstatten zwar keinen sehr erfreulichen, aber doch immerhin einen lehrreichen Einblick in das Räderwerk, mittelst dessen der Organismus der Pariser Revolutionspropaganda im Gange erhalten wird, dann aber auch in den Charakter gewisser russischer Politiker, die sich um die Bundesgenossenschaft der französischen Umsturzparteien mit bekanntem Eifer bewerben. Ob es für ein Reich, welches auf moralischer Grundlage beruht, gerade eine erfreuliche Wahrnehmung ist, wenn solche Elemente sich an die Oberfläche drängen, wollen wir hier nicht weiter erörtern.

* Dem Verdienst seine Krone! Wie französische Blätter übereinstimmend melden, hat der Minister des Innern in Paris einen Erlaß unterzeichnet, durch welchen Schnäbele, der ehemalige Polizeicommissar von Pagny an der Mosel, zum Central-Commissar von Laon mit einem Gehalt von 650 Frcs. monatlich ernannt wird. Schnäbele wird sein Amt am 15. d. M. antreten.

* Auf den neulichen Wahlsieg der Gladsteoaner in Spalding ist alsbald eine empfindliche Niederlage des englischen Radicalismus in North Paddington gefolgt, um so empfindlicher, je höher die Hoffnungen Gladstones und seiner Getreuen durch den ihnen selbst überraschend gekommenen Erfolg von Spalding geschwellt waren. Der von den liberalen Unionisten unterstützte conservative Bewerber Aird siegte mit einer Mehrheit von 418 Stimmen über seinen radicalen Concurrenten Reuelledge. Dem eigentlichen Wahlkampf war ein in offenen Briefen geführtes Agitationsduell zwischen dem Whigeschäftsführer der Radicalen Sir George Trevelyan und dem Haupte der liberal-unionistischen Partei, Lord Hartington, vorhergegangen. Ersterer beschwor alle liberalen Unionisten, im Interesse der Wiederherstellung der einen großen liberalen Partei, für den homerulefreundlich gesinnten Candidaten der Gladsteoaner zu stimmen. Dagegen aber legte sich Lord Hartington mit aller ihm zu Gebote stehenden Autorität ins Mittel, indem er erklärte, nachdem nun schon so lange Zeit vergangen sei, ohne daß die Idee der Wiedervereinigung der getrennten Richtungen den geringsten Fortschritt aufweise, sei es die oberste Pflicht aller unionistisch gesinnten Wähler, denjenigen Bewerber auf den Schild zu erheben, welcher für Aufrechterhaltung der gesetzgeberischen Union zwischen Großbritannien und Irland eintrete. Und wie die Thatsache zeigt, ist Hartington's Mahnung schwerer ins Gewicht gefallen, als die Aufforderung Trevelyan's. Wenn Gladstone noch in einer vor acht Tagen gehaltenen Rede behauptete, im Lande habe sich ein bemerkenswerther Umschwung zu Gunsten des Homerule vollzogen, so dürfte er nach dem Ausfall der Wahl in North Paddington wohl eine Correctur dieses seines Standpunctes vornehmen. Und in der That muß man sagen, eine solche Wandlung der Gemüther zu einer Zeit, wo die Besorgniß vor neuen Schreckensattentaten der irischen